

## P r o t o k o l l

der Koalitionsbesprechung am Freitag, dem 12. Juni 1959,  
10 Uhr, im kleinen Ministerratszimmer im Bundeskanzleramt.

---

Anwesend:

Ö V P : Ing. Raab, Dr. Maleta, Dr. Gorbach, Dr. Kamitz, Weinberger,  
Prinke.

S P Ö : DDr. Pittermann, Helmer, Ing. Waldbrunner, Olah, Dr. Kreisky,  
Slavik, Probst.

R a a b

erklärt, dass er mit Helmer zwei Aussprachen gehabt habe. Er hat nunmehr mit den Mitgliedern des ÖVP-Verhandlungskomitees beraten und schlägt nun einvernehmlich vor, der SPÖ das Finanzministerium anzubieten. Die ÖVP würde einen Staatssekretär stellen. Er verweise aber auf das Forderungsprogramm von 6 Milliarden Schilling. Es wird aber nicht dabei bleiben, weil beispielsweise auch für die konfessionellen Schulen ein Betrag eingesetzt werden muss. Das sei eine Forderung des Unterrichtsministeriums. Er stelle fest, dass man über das Finanzministerium eine Einigung erzielen muss oder er, Raab, werde abtreten.

H e l m e r:

Und wie steht es mit den anderen Regierungspositionen? Geht das Außenministerium wieder an die ÖVP?

R a a b:

Selbstverständlich! Justizministerium und Landesverteidigungsministerium sollen durch Fachbeamte besetzt werden. Der Vorschlag müsste aber gemeinsam erfolgen. Vorläufig sei aber in der ÖVP noch keine Einigung und Geneigtheit, diesen Vorschlag zu akzeptieren.

Auf eine neuerliche Frage H e l m e r s teilt R a a b mit, dass am Montag, den 15. Juni, nachmittags, eine Bundesparteileitungssitzung der ÖVP stattfindet, die sich mit diesen Fragen beschäftigen wird.

W a l d b r u n n e r:

Und sollen die Staatssekretäre bleiben, wo sie derzeit sind?

G o r b a c h :

Wir müssen die Frage prüfen, wie die Stellung der Staatssekretäre ausschauen soll? Wir wollen auch prüfen, ob ein einmal gemachter SPÖ-Vorschlag gangbar ist, den Staatssekretären eine verfassungsmässige Stellung zu geben.

K r e i s k y :

Das heisst, die ÖVP würde weiterhin drei Staatssekretäre und die SPÖ nur zwei stellen. Bleibt Gschnitzer im Aussenministerium?

R a a b :

Vorläufig denken wir an keine Änderung. Vielleicht ist es möglich, das Staatssekretariat für Südtirol noch einige Zeit zu belassen und dann aufzulassen.

P i t t e r m a n n :

Wie ist es mit Graf? Wir haben Ihnen doch deutlich gesagt, dass er die Vereinbarungen nicht eingehalten hat.

G o r b a c h :

Auch Graf hat gesagt, dass er gewisse Dinge im Landesverteidigungsministerium nicht wünscht und für eine Vereinbarung über die Ermächtigung sei.

P r o b s t :

Eine Vereinbarung über die Staatssekretäre könne sich nicht im besonderen auf das <sup>Finanz</sup>Justizministerium stützen, sondern wir müssen eine Vereinbarung für alle Staatssekretäre bekommen.

H e l m e r :

Und wie schaut es mit der Einigung über Kanzler und Vizekanzler aus?

R a a b :

Die Akteneinsicht steht dem Vizekanzler, nach seiner Meinung, jederzeit zur Verfügung.

P i t t e r m a n n :

Wer soll aber zwischen Kanzler und Vizekanzler entscheiden? Man muss eine Einigung versuchen, dafür ist auch er. Die einzige Waffe, die er, Pittermann bisher gehabt habe, <sup>war</sup> ist nein zu sagen.

P i t t e r m a n n

fragt R a a b neuerlich, ob es nunmehr beim Wort Raabs bliebe, und den Finanzministerposten anzubieten. Raab

R a a b

antwortet j a. Er werde alles tun, damit seine Bundespartei-  
leitung am Montag dazu ihre Zustimmung gibt.

P r o b s t:

Haben Sie die Vorstellung, dass das Justizministerium und das Landesverteidigungsministerium von neutralen Persönlichkeiten geführt werden sollen, diese gemeinsam gesucht und beschlossen werden?

R a a b:

Wir wollen einen gemeinsamen Vorschlag der beiden Parteien finden. Braf weiss schon, scheinbar durch Indiskretion, dass es um seinen Kopf geht. Raab betont neuerlich, wenn seine ~~Exxxxxx~~ Vorschläge in der Bundesparteileitung nicht durchdringen, trete er zurück.

O l a h:

Was sollen wir in das Kommuniqué hineingeben? Sollen wir das Angebot veröffentlichen?

R a a b:

Ja, bis auf die Neutralisierung der beiden angeführten Ministerien. Er schlage vor mitzuteilen, dass er, Raab, eine andere Verteilung der Ressorts vorgeschlagen habe.

W e i n b e r g e r

will aber, dass man nur von einer Diskussion <sup>von einer Artzins</sup> über diese Frage sprechen soll.

Es wird aber v e r e i n b a r t, im Kommuniqué von der Vereinbarung, dass die SPÖ den Finanzminister stellt, zu reden.

R a a b

wünscht, ob er heute oder morgen unseren Personenvorschlag für einen neuen Finanzminister haben könnte.

P i t t e r m a n n:

Wir haben nachmittags Parteivorstand und ich glaube, ich kann Ihnen anschliessend den Namen des neuen Finanzministers bekanntgeben.

Wird so zur Kenntnis genommen.

Die nächste Sitzung wird für Dienstag, den 16. Juni, 9 Uhr, vorgesehen.

Dr. Pittermann, ... Ing. Goldbrunner, ... Dr. Kreisler, ... Slavik, ...

S a a b:

erklärt, dass er mit ... Ausprachen gehabt habe. Er hat nunmehr mit den Mitgliedern des ÖVP-Vorstandeskomitees beraten und schliesst nun einvernehmlich vor, der ÖVP das Finanzministerium anzubieten. Die ÖVP würde einen Staatssekretär stellen. Er verweist aber auf das Förderungsprogramm von 5 Milliarden Schilling. Es wird aber nicht dabei bleiben, weil beispielsweise auch für die konfessionellen Schulen ein Betrag eingesehrt werden muss. Das sei eine Forderung des Unterrichtsministeriums. Er stelle fest, dass man über das Finanzministerium eine Einigung erzielen muss oder er, Raab, werde abtreten.

H a i s e r:

Und wie steht es mit den anderen Regierungspartnern? Kommt das Außenministerium wieder an die ÖVP?

R a a b:

Selbstverständlich! Justizministerium und Landesverteidigungsministerium sollen durch Fachleute besetzt werden. Der Vorschlag müsste aber genehmigt erfolgen. Vorläufig ist aber in der ÖVP noch keine Einigung und Konsignation, müssen Vorschlag zu akzeptieren.

Auf eine neuerliche Frage ... teilt ... mit, dass am Montag, den 15. Juni, nachmittags, eine Bundesparteileitungssitzung der ÖVP stattfindet, die sich mit diesen Fragen beschäftigen wird.

G o l d b r u n n e r:

Und sollen die Staatssekretäre bleiben, so sie derzeit sind?